

# Spitzenkandidaten der Parteien verdeutlichen ihre Position zur Europawahl

Über die Kandidaten der mittlerweile zehnten Direktwahl zum Europäischen Parlament wird in Deutschland am **9. Juni 2024** entschieden. Was nehmen die deutschen Kandidaten und späteren EU-Abgeordneten als Auftrag ihrer Wähler mit? Für welche Positionen zu Sachaufgaben wollen sie sich nach der Europawahl stark machen? Wie positionieren sie sich zu Themen, die möglicherweise polarisieren, aber dennoch klare, teils unpopuläre Entscheidungen verlangen, weil nur sie geeignet sind, die wirtschaftliche Basis der Europäischen Union zu sichern? Der Bundesverband Mineralische Rohstoffe, MIRO, hat dazu branchenspezifische „Wahlprüfsteine“ aufgestellt und veröf-

fentlicht. Zusätzlich bat MIRO die deutschen Spitzenkandidaten und -kandidatinnen der im Bundestag vertretenen Parteien, die ihre jeweilige Partei in den Europawahlkampf führen, um Antworten auf einige wesentliche Fragen. Machen Sie sich angesichts der Positionierungen zu einzelnen Fragen Ihr eigenes Bild davon, auf welche Art die Interessen der Industrie – speziell auch der Gesteinsindustrie – im künftigen Europaparlament vertreten werden. Nicht alle angefragten Parteien haben geantwortet. Die Antworten, die uns erreichten, sind in alphabetischer Reihenfolge der Parteinamen angeordnet.

■ [www.bv-miro.org](http://www.bv-miro.org)

**Wahlberechtigt** sind deutsche Staatsangehörige und Unionsbürger, die mindestens 16 Jahre alt und an ihrem Wohnort ins Wählerverzeichnis eingetragen sind. Briefwahl sowie eine Stimmabgabe aus dem Ausland sind ebenso möglich. **96 Europaabgeordnete** werden 2024 in Deutschland gewählt – wie schon zur EU-Wahl 2019.

■ [www.elections.europa.eu](http://www.elections.europa.eu)

## 1 Europa braucht eine europäische Rohstoffinitiative.

**Frage 1:** Im Rahmen des Critical Raw Material Act (CRMA) wurden mineralische Rohstoffe wie Sand, Quarzsand, Kies und Naturstein, die insbesondere als Massenrohstoffe für die Bauwirtschaft sowie als Grundstoff für die Industrie notwendig sind, nicht berücksichtigt. Welche Möglichkeiten sehen Sie für Vereinfachungs- und Beschleunigungspotenziale auf EU-Ebene, insbesondere für die nichtenergetische mineralische Rohstoffindustrie? Wie ist Ihr Ansatz, um unsere Rohstoffe wie Sand, Kies, Quarzsand, Naturstein langfristig und bedarfsunabhängig zu sichern?

## 2 Allgemeine Berichts- und Nachweispflichten sollten vor allem für KMU so gering wie möglich gehalten werden.

**Frage 2:** Anforderungen an Umfang und Tiefe von Berichts- und Prüfpflichten u. a. im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) sollten für KMU deutlich niedriger angesetzt werden. Wie kann aus Ihrer Sicht der immer mehr zunehmende administrative Aufwand, vor allem für KMU, verringert werden? Setzen Sie sich für eine europäische Bürokratiebremse ein (z. B. für ein „one-in, one-out“-Prinzip auf EU-Ebene)?

## 3 Die EU-Bodenüberwachungsrichtlinie (Directive on Soil Monitoring and Resilience) muss tatsächlich primär auf das Monitoring der Böden – wie es auch der Titel der Richtlinie besagt – ausgerichtet werden.

**Frage 3:** Wie und mit welchem Ziel positionieren Sie sich, um den Mitgliedstaaten Spielraum bei der Bewertung der Bodenzustände unter Berücksichtigung auch der wirtschaftlichen Nutzungsfunktionen vor Ort zu belassen?

## 4 Ein gesellschaftspolitischer Diskurs zur Asbestproblematik im Abgleich zwischen Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und Umweltschutz ist dringend erforderlich.

**Frage 4:** Arbeitgeber und Arbeitnehmer benötigen verständliche wie auch passgenaue Regelungen und Maßnahmen, wie die Arbeitssicherheit und der Gesundheitsschutz an den Arbeitsplätzen verbessert werden können. Der Diskurs bezüglich Asbest gehört dazu, um u. a. europäische Regelungen dazu zu entwickeln. Wie kann aus Ihrer Sicht dieser notwendige Diskurs angestoßen werden und würden Sie eine solche europäische Regelung unterstützen? Welche Ziele verfolgen Sie bei der Thematik „Quarzfeinstaub am Arbeitsplatz“ unter Berücksichtigung des bestehenden europäischen „Sozialen Dialogs Quarzfeinstaub“?



**Manfred Weber (CSU) punktet mit Erfahrung: Seit 2004 ist der studierte Diplomingenieur Abgeordneter im EU-Parlament. Er ist zudem Fraktions- und Parteivorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP), dem Zusammenschluss der bürgerlich-konservativen Parteien im EU-Parlament. Foto: Tobias Koch**

**1 Die Fragen 1 und 3 werden gemeinsam beantwortet.**

CDU und CSU wollen die Kreislaufwirtschaft vorantreiben und Rohstoffe wie etwa Sand, Kies, Quarzsand und Naturstein verantwortungsvoll nutzen. Eine solche Kreislaufwirtschaft umfasst neben der Weiterverwertung von Produktionsabfall auch das Schließen von Stoffkreisläufen und eine Erleichterung beim Recycling in der Praxis. In diesem Zusammenhang gilt es, den Abbau minimalinvasiv und reversibel zu gestalten, sodass ein guter Bodenzustand bis 2050 erreicht werden kann. Die Flächeninanspruchnahme und der Ressourcenabbau sind mit den von der EU vorgesehenen Nachhaltigkeitszielen zu vereinbaren.

**2**

CDU und CSU wollen die Überregulierung der Wirtschaft durch einen sofortigen Belastungsstopp für neue und laufende EU-Initiativen beenden. Die komplexe EU-Gesetzgebung wollen wir konsolidieren, Berichtspflichten für Unternehmen zusammenfassen und überflüssige EU-Regeln abschaffen. Zudem wollen wir einen unabhängigen europäischen Normenkontrollrat schaffen, der die Bürokratiekosten misst und die Erfahrung in den Mitgliedstaaten mit der Anwendung des EU-Rechts berücksichtigt. Wir wollen das „one in, two out“-Prinzip durchsetzen und so Bürokratie spürbar abbauen. Wir brauchen einen EU-Wettbewerbsfähigkeits-Check und einen Aktionsplan zur Reduzierung der regulatorischen Belastung. Wir treten für eine Überprüfung der Taxonomie und des Green Deals auf Praxistauglichkeit und auch im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb ein. Hierzu wollen wir eine Erfolgs- und Effizienzkontrolle durchführen. Für unseren Mittelstand wollen wir den Europäischen Mittelstandsbeauftragten stärken. Er soll zukünftig auch bei allen Gesetzgebungsverfahren beteiligt werden und die Anwendung der KMU-Tests zwingend prüfen.

**4**

Uns als CDU und CSU liegen ein risikobasierter Ansatz im Umgang mit Stoffen sowie hohe Arbeitsschutzstandards wie in Deutschland am Herzen. Daher ist es begrüßenswert, dass im 2006 begründeten Sozialen Dialog Quarzfeinstaub festgelegt wurde, die Gültigkeit von nationalen Richtlinien und Normen, wie etwa die Gefahrstoffverordnung in Deutschland, beizubehalten, um hohe Standards zu gewährleisten. Dieser Branchendialog ist als wichtiger Baustein hin zu einer belastbaren Regelung zu sehen.

**Marie-Agnes Strack-Zimmermann soll mit dem Wahlspruch „Streitbar für Europa“ den Sinkflug der FDP auf EU-Ebene stoppen. Die gebürtige Düsseldorferin ist Mitglied des FDP-Vorstands, seit 2017 Abgeordnete im Bundestag und dort seit 2021 Vorsitzende des Verteidigungsausschusses. Foto: FDP**



1

Wir Freie Demokraten sind der Auffassung, dass die nachhaltige Nutzung natürlicher Rohstoffe eine wichtige Säule für Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa ist. Leider wurde die Nutzung von vielen Rohstoffen durch verschiedene Initiativen und bürokratische Belastungen der Europäischen Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen erschwert. Deshalb wollen wir die umweltgerechte Rohstoffgewinnung wieder stärken, indem wir unter anderem Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Aufwendige Doppelprüfungen, vor allem bei der Umweltverträglichkeitsprüfung, wollen wir, wo möglich, abschaffen und Verfahren straffen. Die EU hat gezeigt, wie dies beim Ausbau von erneuerbaren Energien gehen kann. Die Elemente der sogenannten „Go-to-Areas“ sorgen dafür, dass Prüfungen nicht für jedes einzelne Projekt, sondern für eine ganze Region durchgeführt werden. Dies wollen wir auf den Rohstoffabbau anwenden, wodurch Verfahren vereinfacht und gleichzeitig der Natur-, Umwelt- und Artenschutz gesichert wird.

2

Die Europäische Union fesselt sich mit zunehmender Regulierung und ungebremst wachsender Bürokratie immer mehr selbst. Unter EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist der Anteil von bürokratischen Belastungen für deutsche Unternehmen durch EU-Regulierung auf über 57 % gewachsen. Wir Freie Demokraten wollen deshalb eine Trendwende für radikalen Bürokratieabbau in der EU einleiten und fordern einen „Bureaucracy Reduction Act“, um die Unternehmen von mindestens 50 % der Bürokratielasten zu befreien. Für jede neue Belastung durch EU-Regelungen müssen im Gegenzug gemäß der „One in, two out“-Regel bestehende Belastungen in doppeltem Umfang abgebaut werden. Zudem fordern wir einen systematischen Berichtspflichten-Check durch die EU-Kommission, da insbesondere die Nachhaltigkeitsberichterstattung doppelte und dabei dem Umweltschutz nicht dienliche Pflichten enthält.

3

Wir Freie Demokraten sehen die Pläne der EU-Kommission zur EU-Bodenüberwachungsrichtlinie an vielen Stellen kritisch. Wir befürchten, dass mit dem Vorhaben Landenteignungen oder massive Eingriffe in das Eigentum einhergehen. Grundsätzlich ist es für uns jetzt wichtig, dass die Bewertung des Bodenzustands nach EU-weit einheitlichen Kriterien erfolgt, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern. Dabei ist ein einheitlicher Vollzug wichtig, damit keine Standortnachteile für deutsche Unternehmen entstehen. Die wirtschaftlichen Nutzungsfunktionen vor Ort sind dabei zwingend wichtig. Böden sollten jedoch nur als kontaminiert eingestuft werden, wenn Stoffe in Konzentrationen vorliegen, die nicht akzeptable Risikoniveaus überschreiten. Die Pläne der EU-Kommission sehen vor, dass auch bereits eine Konzentration, die nur gegebenenfalls schädlich für Mensch und Umwelt sein könnte, dazu führt, dass Böden als kontaminiert einzustufen sind. Damit wäre vielerorts eine Nutzung verhindert, obwohl dafür keine plausiblen und fundierten Gründe vorliegen. Im Rahmen dieser Einstufung halten wir es auch für wichtig, die Landnutzung zu berücksichtigen.

4

Wir Freie Demokraten wollen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz durch praktisch machbare Regelungen erreichen. Das „Übereinkommen zum Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer durch gute Handhabung und Verwendung von kristallinem Siliciumdioxid und dieses enthaltender Produkte“ wurde von den Branchenverbänden ausgehandelt und wird verantwortungsvoll in Eigenverantwortung umgesetzt. Wichtig ist uns, dass einer eigenverantwortlichen Umsetzung nicht durch die Schaffung eines starren, bürokratischen und unpraktikablen Rechtsrahmens ein Riegel vorgeschoben wird. Wir setzen uns daher für einen breiten gesellschaftlichen Diskurs ein, der die entscheidenden Kriterien transparent und nachvollziehbar darstellt und sachorientierte Lösungen im Sinne der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter forciert.



**Terry Reintke ist diplomierte Politikwissenschaftlerin und nicht nur Spitzenkandidatin der deutschen Grünen, sondern gemeinsam mit dem Niederländer Bas Eickhout auch Spitzenkandidatin der europäischen Grünen.**

Foto: European Union 2022/EPphotographer



**1** Für die Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Rohstoffen in der EU brauchen wir einen europäischen Ansatz, damit wir die Rohstoffquellen und -verarbeitungskapazitäten auf unserem Kontinent effektiv nutzen können. Unser Ansatz basiert auf mehreren Säulen: die Stärkung eines nachhaltigen heimischen Abbaus und der Weiterverarbeitungskapazitäten in der EU, die Umsetzung einer effektiven Kreislaufwirtschaft zur Bereitstellung von hochwertigen Sekundärmaterialien, die Substitution besonders knapper Rohstoffe sowie die Umsetzung einer nachhaltigen Rohstoffaußenpolitik, die auf partnerschaftliche und nachhaltige Kooperationen mit Ländern weltweit setzt. Auch setzen wir uns für die Gründung einer europäischen Rohstoffagentur ein.

**2** Insbesondere KMU werden durch neue Regelungen und bürokratische Hürden bei Förderprogrammen belastet. Wir werden deshalb die KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden, mit denen die Effekte von neuen Gesetzen auf KMU vorab geprüft und angepasst werden. Wir setzen uns zudem für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein und unterstützen die Umstellung. Auch für die existierende Gesetzgebung fordern wir eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, zu streichen. Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist auch die Digitalisierung der Verwaltung: Durch digitale Verwaltungsleistungen und online einsehbare Verfahrensstände können viele Behördengänge entfallen. Durch eine stärkere Vernetzung von europäischen und nationalen Behörden soll zudem das „Once-Only“-Prinzip eingeführt werden, damit relevante Daten künftig nur einmal bei Unternehmen abgefragt werden.

**3** Gesunde Böden sind die Voraussetzung für eine zukunftsfähige Landwirtschaft, für Artenschutz und den Hochwasserschutz. Mehr als ein Viertel der gesamten biologischen Vielfalt auf unserem Planeten lebt in Böden, doch in der EU sind etwa 60 bis 70 Prozent der Böden nicht gesund. Die neue EU-Bodenüberwachungsrichtlinie zielt darauf ab, die Überwachung, Erhaltung, Verbesserung und Wiederherstellung von Böden zu fördern, um sie vor weiterer Verschlechterung zu bewahren. Wir GRÜNE hätten uns gewünscht, dass die Richtlinie nicht nur zur konsistenten Datenerfassung, sondern zur tatsächlichen Verbesserung des Zustands der Böden verpflichtet. Deshalb fordern wir von den Mitgliedstaaten entsprechende Maßnahmen. Da die Böden in Europa unterschiedlich beschaffen sind, muss jeder Mitgliedstaat Maßnahmen ergreifen, die die Qualität der eigenen Böden verbessern.

**4** Die Menschen in Europa haben das Recht auf eine gesunde, giftfreie Umwelt, egal ob zu Hause, an der frischen Luft oder auf der Arbeit. Das gilt für alle Formen der Gesundheitsbelastung. Asbest ist nachweislich krebserregend und gilt als Hauptursache für arbeitsbedingte Krebserkrankungen. Schon 2005 wurde der Einsatz von Asbest in der EU verboten. Wir begrüßen, dass 2023 strengere Grenzwerte für Asbest am Arbeitsplatz beschlossen wurden. Schutzkleidung, Atemschutzgeräte und eine effiziente Reinigung der Kleidung von Arbeitnehmerinnen werden zur Pflicht. Die neue EU-Energieeffizienzrichtlinie und neue EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie sind eine Chance, die anstehende Gebäudemodernisierungen mit der Entfernung von Asbest zusammenzubringen.



**Carola Rackete und Martin Schirdewan treten als Spitzenduo der Partei Die Linke bei der Europawahl an. Der Linke-Vize Schirdewan ist Politikwissenschaftler und seit 2017 im EU-Parlament. Carola Rackete, parteilose Aktivistin und Kapitänin, gilt als politische Seiteneinsteigerin. 2019 erlangte sie internationale Bekanntheit, als sie mit aus Seenot geretteten Geflüchteten auf dem Schiff „Sea Watch 3“ trotz Verbots der italienischen Behörden die Insel Lampedusa anlieft.** Fotos: Martin Heinlein, Die Linke



1

Die Linke ist vorsichtig hinsichtlich einer generellen Beschleunigung von Verwaltungsverfahren. In der Praxis bedeuten sie oftmals eine Einschränkung von Mitwirkungsverfahren der lokalen Bevölkerung, was wiederum mittelfristig zu größeren lokalen und regionalen Problemen führen kann. Möglichkeiten der Beschleunigung von Verfahren sehen wir z. B. bei der Frage des Zugangs von Fachkräften aus Drittländern zum deutschen Arbeitsmarkt. Verwaltungsvorschriften top-down zu verkürzen, ohne über lokales Wissen zu verfügen (wie beim EU „Net Zero Industry Act“) lehnen wir ab. Um die ausreichende Verfügbarkeit von Rohstoffen langfristig zu sichern, müssen mehr genutzte Ressourcen wieder in die Produktion eingespeist werden (Kreislaufwirtschaft) und der Verbrauch von Primärrohstoffen sinken. Bei Bergbauprojekten muss die lokale Bevölkerung an der Wertschöpfung beteiligt werden. Sowohl innerhalb der EU als auch bei internationalen Handelsabkommen muss die lokale Bevölkerung vom Rohstoffabbau unmittelbar profitieren.

2

Der administrative Aufwand für Unternehmen kann durch mehr digitale Verfahren deutlich verringert werden. Gut ausgestattete öffentliche Verwaltungen (mit ausreichend Personal und aktuellen IT-Systemen) reduzieren zudem den Zeitaufwand für Unternehmen. An vielen Stellen haben in den vergangenen Jahren kaputt gekürzte öffentliche Verwaltungen zu höherem Zeitbedarf geführt. Das wollen wir ändern für eine gut funktionierende Zusammenarbeit zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Vorschriften wie „one-in, one-out“ halten wir für nicht zielführend. Sie sind selbst Bürokratiemonster, die abstrakte Vorschriften ohne Rücksicht auf konkrete Anwendungszwecke festschreiben. Zudem setzen europäische Normen oft verbindliche Standards, an denen sich außereuropäische Akteure orientieren. Das schafft einen nicht zu unterschätzenden Wettbewerbsvorteil für europäische Unternehmen, den wir nicht leichtfertig verspielen sollten.

3

Die Linke setzt sich für europaweit verbindliche Regelungen zum Bodenschutz und das Gelingen der EU-Bodenschutzrichtlinie ein. Seit 2006 wird der Kommissionsvorschlag zur Bodenrahmenrichtlinie im Ministerrat blockiert. Die Entscheidungen vor Ort haben in der Summe gerade nicht zu einem nachhaltigen Schutz der Böden geführt. Deshalb sollten nationale Bewertungsspielräume zugunsten eines verbindlichen Schutzes deutlich eingegrenzt werden.

4

Asbestrückstände in Gebäuden und Infrastruktur müssen zügig beseitigt und Beschäftigte, Wohnbevölkerung und Nutzende von Schulen, Sportstätten, Krankenhäusern u. ä. dafür sensibilisiert werden. Der neue Arbeitsplatzgrenzwert sollte deutlich früher gelten als die in der Arbeitsschutzrichtlinie vorgegebene Umsetzungsfrist von fünf Jahren. Eine schnelle Rechtsetzung ist nötig für Screening und Registrierung von Asbestquellen in Gebäuden und Infrastruktur. Ein Beseitigungsplan sollte in allen europäischen Ländern erstellt werden (ähnlich wie in Polen, wo aller Asbest planmäßig bis 2032 beseitigt sein soll). Alle Beschäftigten, die mit Asbest arbeiten oder unbeabsichtigt damit in Berührung kommen können (z. B. bei energetischer Gebäudesanierung), müssen dafür ausgebildet werden. Bei Quarzstaub unterstützen wir die weitere Absenkung des Arbeitsplatzgrenzwertes von 0,1 auf 0,05 mg/m<sup>3</sup>. Die organisatorischen und technischen Voraussetzungen für die Einhaltung des Grenzwertes sind bei den meisten Bautätigkeiten gegeben. Wichtig ist, Prävention auf dem Stand der Technik umzusetzen. Sozialpartner und Präventionseinrichtungen sollten da gemeinsam vorgehen.

**Katarina Barley, derzeit Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, war bereits 2019 Spitzenkandidatin ihrer Partei bei der Europawahl. Damals erlitt die SPD eine Wahlschlappe und rutschte von 27,3 % (2014) auf 15,6 %. Mit einem Abstimmungsergebnis von knapp 99 % wurde die studierte Juristin erneut auf der Delegiertenkonferenz ihrer Partei zur Spitzenkandidatin gewählt.**

Foto: Katarina Barley, SPD



**1** Wir wollen die Industrie dabei unterstützen, den Wandel hin zu klimaneutralen und kreislaufbasierten Verfahren zu vollziehen. Dabei steht für uns unter anderem die Grundstoffindustrie im Fokus. Wir wollen diese Branche in ihren Innovationsanstrengungen unterstützen, von denen auch Innovationswirkungen in den Rest der Wirtschaft ausgehen können. Auch in Bereichen, in denen mineralische Rohstoffe zum Einsatz kommen, wie etwa der Batterietechnologie, der Elektromobilität sowie den Wind- und Solarkrafttechnologien sehen wir große strategische Potenziale für den europäischen Markt. Wir wollen sicherstellen, dass Produktionskapazitäten in solchen Schlüsselbereichen der digitalen und der ökologischen Transformation „Made in Europe“ weiter Zukunft haben.

**2** Derzeit erfolgt die Regulierung von europäischer Industriepolitik vor allem durch die Ad-hoc-Kontrolle von nationaler Beihilfe und über eine Vielzahl von Plattformen und Gremien für unterschiedliche europäische Programme. Dabei fehlen Daten, analytische Ressourcen und gebündelte Kompetenzen auf EU-Ebene. Das wollen wir ändern und die Qualität von EU-Regulierungen verbessern. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, Investitionshindernisse wie langwierige Genehmigungsverfahren und umfangreiche Beihilfeprüfungen zu vereinfachen. Dafür brauchen wir ein Update verschiedener Regulierungen. Zum Teil blockieren sich verschiedene Regulierungen gegenseitig. Hier wollen wir durchlüften, ohne Schutzstandards abzusenken.

**3** Die Europa-SPD unterstützt einen Ansatz zur EU-Bodenüberwachungsrichtlinie, die nicht nur zu einem besseren Monitoring von Böden führt, sondern Mitgliedstaaten auch dazu verpflichtet, die Qualität von Böden innerhalb eines angemessenen Zeitraums zu verbessern. Dabei soll den Mitgliedstaaten genügend Flexibilität eingeräumt werden, um auf lokale Bedingungen eingehen zu können. So bleibt es den Mitgliedstaaten etwa überlassen zu definieren, was als nachhaltige Bodenbewirtschaftung gilt. Das kann die wirtschaftliche Nutzung von Böden miteinschließen. Bei Risikominimierungsmaßnahmen soll u. a. die Versorgung der EU mit kritischen Rohstoffen berücksichtigt werden. Außerdem können die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, was als „inakzeptables“ Risiko gilt und bei der Erwgung von Risikominimierungsmaßnahmen die Nutzungsart der Böden mit in Betracht ziehen.

**4** Bei Asbest handelt es sich um einen krebserzeugenden Stoff mit besonders hohem Gefährdungspotenzial und einer Vielzahl berufsbezogener Erkrankungen und Todesfälle, vor allem in der Bauwirtschaft. Deswegen hat bereits ein nationaler Asbestdialog stattgefunden. Im Ergebnis dieses Dialogs wollen wir in der Gefahrstoffverordnung die Regelungen zu Asbest anpassen und zugleich zusammenfassen und aktualisieren. Der Referentenentwurf des BMAS liegt vor und befindet sich in der Abstimmung innerhalb der Bundesregierung. Auf europäischer Ebene wurde im letzten Jahr die Richtlinie zum Schutz vor Asbest am Arbeitsplatz neu gefasst und die Grenzwerte für die Asbestexposition um das Zehnfache gesenkt.